

Ablauf Konsenssuche zu einem Gemeinsamen Antrag zur UN-Konvention / Inklusion

Debatte im Plenum am 16.12.2009

14.08.2007 Antrag der Grünen: "Die Regelschule ist der erste Förderort - Gemeinsamen Unterricht gewährleisten" Drucksache 14/4860

15.01.2009 Veranstaltung der Grünen Landtagsfraktion "All inclusive! - Wie setzen wir das Recht auf Bildung für Kinder mit Behinderungen im NRW-Bildungssystem um?"

Dokumentation:

http://www.gruene.landtag.nrw.de/cms/default/dokbin/303/303120.all_inclusive_wie_setzen_wir_das_recht_a.pdf

24.02.2009 Ratifizierung der UN-Konvention, in Kraft seit 26.03.2009

24.03.2009 Antrag der SPD "Sonderpädagogische Förderung: Benachteiligung abbauen, Integration ausbauen, Inklusion verwirklichen!" Drucksache 14/8879

30.04.2009 Große Anfrage der Grünen "Situation und Zukunft der sonderpädagogischen Förderung an Schulen in NRW" Drucksache 14/9132

20.05.2009 Anhörung im Landtag zu den Anträgen von Grünen und SPD
Ausschussprotokoll APr 14/896

Sommer 2009 Bitte der CDU um Beratung, ob ein interfraktioneller Antrag möglich ist

30.08.2009 Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Grünen
Drucksache 14/9753

September 2009 Textentwurf von CDU/FDP, Beginn der Verhandlungen über einen Gemeinsamen Antrag

08.10.2009: Debatte der Großen Anfrage der Grünen im Plenum. Während der Debatte spricht Ministerin Sommer erstmals von Inklusion.

28.10.2009 Kehrtwende des Ministeriums: In einer Pressemitteilung bekennt sich das Ministerium zum Elternwahlrecht und damit zum Recht auf gemeinsamen Unterricht.

November 2009 weitere Verhandlungen zum Gemeinsamen Antrag

02.12.2009 Obleuterunde der SprecherInnen im Schulausschuss: Einigung von CDU, SPD, Grünen auf einen Text. Vorbehalte der FDP zur Beschreibung Inklusion, Bestandsgarantie der Förderschulen und des Passus zu Kindeswohl. FDP wollte bis Donnerstag 03.12.09 abklären, ob sie zustimmt.

03.12.2009 FDP bittet um Verlängerung bis Freitag 04.12.09, dann bittet sie um Beratungszeit am Wochenende. Keine Meldung bis Montag 16 Uhr.

07.12.2009 16 Uhr Der Referent der FDP fragt beim Referenten der Grünen telefonisch nach, ob Bereitschaft besteht, weiter zu verhandeln über bestimmte Passagen. Der Bitte per mail zu konkretisieren, um welche Punkte es gehe, wird erst um 20.02 h entsprochen. Nun will die FDP sogar das Wort integrativ gestrichen sehen. In der Mail erweckt sie den Eindruck, dass es ein Koalitionsangebot sei. Dies bestreitet die CDU.

09.12.2009 Schulausschusssitzung: Grüne und SPD legen einen Entschließungsantrag vor. CDU bedauert nicht zustimmen zu können wegen zweier Formulierungen. Grüne und SPD bieten die Streichung der Formulierungen an. CDU bittet darum, die kommende Woche zu nutzen, doch noch einen gemeinsamen Antrag zu ermöglichen. Man wolle koalitionsintern Überzeugungsarbeit leisten. Deshalb die Bitte, die Anträge nicht im Schulausschuss abstimmen zu lassen, sondern ins Plenum zu schieben. Nach erheblichen Widerständen lenkt die FDP ein.

09.12.2009 Auf Bitten von Klaus Kaiser (CDU) schickt der Referent der Grünen den letzten Stand (02.12.09) per mail an seine Kollegen und erinnert daran, dass für eine ordentliche Beratung in den Fraktionen eine Frist bis Freitag 11.12.2009 12 h einzuhalten ist.

11.12.2009 Nach Fristablauf gibt es keine Meldung der FDP. Telefonisch wird der FDP-Referent auf den Fristablauf hingewiesen.

12./13.12.2009 (erfolglose) Versuche der FDP den Koalitionspartner auf eine andere Linie zu bringen. Weiterhin keine Rückmeldung der FDP an SPD und Grüne.

13.12.2009 In einem dpa-Gespräch fordert Sylvia Löhrmann den Ministerpräsidenten auf, die FDP zur Raison zu bringen und bringt als möglichen letzten Weg einen Gruppenantrag von Abgeordneten statt der Fraktionen ins Spiel. Damit könnten CDU-Abgeordnete den Text, der schon zwischen CDU, SPD und Grünen Konsens war, als Parlamentarier mittragen, ohne einem Antrag von Rot-Grün zu unterstützen.

15.12.2009 Nach einiger Zeit der Überlegung wird klar, dass sich keine Abgeordnete der CDU trauen, einen solchen Antrag mitzuzeichnen. Für die Beratung im Plenum bringen Grüne und SPD deshalb den Entschließungsantrag ein, den sie auch zum Schulausschuss vorlegten, allerdings wurden in der Neufassung die von der CDU kritisierten Stellen gestrichen. Drucksache 14/10371

16.12.2009 Plenarberatung unter TOP 9: Ablehnung des Entschließungsantrages durch die Mehrheit von CDU und FDP in namentlicher Abstimmung. Einige CDU-Abgeordnete haben bewusst nicht an der Abstimmung teilgenommen.